

Holthus, Manfred

Article — Digitized Version

Entwicklungspolitischer Kurswechsel?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Holthus, Manfred (1986) : Entwicklungspolitischer Kurswechsel?,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 4, pp. 158-159

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136143>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Entwicklungspolitischer Kurswechsel?

Am 19. März hat das Kabinett neue „Grundlinien der Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ beschlossen. Sie lösen die Leitsätze der sozial-liberalen Koalition von 1980 ab. Der zuständige Ressortchef Jürgen Warnke stellte sie als zusammengefaßte Beschreibung der seit dem Amtsantritt dieser Regierung im Jahre 1982 eingeleiteten „Neuorientierung“ der Entwicklungspolitik vor.

Folgt man den Verlautbarungen aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, so erfolgte diese Neuakzentuierung vornehmlich, um den Veränderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, d. h. ein grundsätzlicher Kurswechsel wird mit der Neufassung der Grundlinien nicht angestrebt. In der Tat fällt auf, daß sich die Schwerpunkte entwicklungspolitischer Tätigkeit nicht verändert haben. Hilfe für die Ärmsten, Ernährungssicherung aus eigener Kraft, ländliche Entwicklung, Schutz der Umwelt, Energieversorgung, Steigerung der Effektivität internationaler Hilfsorganisationen, Unterstützung bei der Lösung der Schuldenprobleme, Steigerung der Wirksamkeit der deutschen Hilfe – das alles findet sich auch in den alten Grundlinien. Es entspricht schließlich auch dem, was in den 70er Jahren zum guten Ton der Entwicklungspolitik gehörte, und auch heute werden diese Ziele kaum in Frage gestellt. Oberster Leitsatz bleibt nach wie vor die „Hilfe zur Selbsthilfe“. Schon damals stand hinter dieser eingängigen Formel die Erkenntnis, daß der Hauptstoß für die Überwindung von Armut und Rückständigkeit wohl von den Entwicklungsländern selbst ausgehen müsse, die Entwicklungshilfe nur ergänzenden Charakter haben könne.

Die In den neuen Grundlinien enthaltene ausführliche rückschauende Zustandsbeschreibung läßt jedoch erkennen, daß die Überprüfung der Wirtschaftspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahre auch im BMZ zu jener Ernüchterung geführt hat, die weltweit zu beobachten ist. So ist dann diese Lageanalyse erfreulicherweise auch nicht ganz frei von Selbstkritik. Besonders deutlich wird jedoch, daß in Zukunft mehr darauf geachtet werden muß, daß die Selbsthilfe – oder die Eigenanstrengungen, wie es heute mehr und mehr heißt – auch tatsächlich stattfindet. Das Mittel, mit dem das erreicht werden soll, ist ein verstärkter Politikdialog.

Ohne Zweifel stand und steht es um die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der Mehrzahl der Empfängerländer westlicher Entwicklungshilfe nicht zum besten. Eine Geld- und Finanzpolitik, die die Inflationsraten in schwindelerregende Höhen trieb, eine Wechselkurspolitik, die die eigene Währung jahrelang überbewertete, Industrialisierungsstrategien, die einseitig auf Importsubstitution setzten, die Diskriminierung des ländlichen Raumes und die Neigung des Staatssektors zu Investitionen gigantischen Ausmaßes, aber zweifelhaften Erfolges haben nicht nur die Eigenanstrengungen erlahmen lassen und die Kapitalflucht begünstigt. Diese Fehlorientierungen bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen haben zweifellos auch die Wirksamkeit bilateraler und multilateraler Hilfe drastisch eingeschränkt oder gar beseitigt. Sie sind zudem eine wesentliche Ursache für die internationale Schuldenkrise, da sie zunächst die Kreditaufnahme begünstigten, den Schuldendienst letztlich aber nahezu unmöglich machten. Die Umkehr in diesem Bereich ist längst noch nicht vollzogen. Im Gespräch mit den Partnern der Dritten Welt beharrlich darauf hinzuwirken ist somit eine notwendige und lohnende Aufgabe.

Solch ein Politikdialog ist um so überzeugender zu führen, je mehr auf das eigene Beispiel verwiesen werden kann. Hier nun zeigt sich die Fragwürdigkeit dieses Ansatzes in den neuen Grundlinien zur Entwicklungspolitik. Sicherlich kommt die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik im Vergleich zu der der meisten Industrieländer noch recht glimpflich davon, doch als einer der reichsten Staaten dieser Erde hat sie insbesondere in der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern eine besondere Verantwortung. Sie ist nach strengeren Maßstäben zu beurteilen als die Entwicklungsländer.

Sehr schnell zeigt sich dann, daß die Bundesrepublik auf wenig Beispielhaftes verweisen kann. Nicht nur die Tatsache, daß sie in den 70er Jahren ebenfalls ihre wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen drastisch verschlechtert hat – was immerhin diese Regierung nicht zu verantworten hat –, gebietet ihr, im Dialog mit eher leisen Tönen aufzutreten. Sie muß auch gegen sich gelten lassen – und das hat die jetzige Regierung zu vertreten –, daß die Umkehr oder Wende, wie es hierzulande heißt, nicht sehr weit fortgeschritten ist. Besonders deutlich wird dies im Agrarbereich, in dem die Bundesregierung den hemmungslosen Protektionismus der Europäischen Gemeinschaft, dessen ausgeklügeltes System einst von der Bundesrepublik sogar erfunden wurde, weiterhin mitträgt. Wie Hohn muß es in den Ohren der Wirtschaftspolitiker der Dritten Welt klingen, wenn ausgerechnet die Abgesandten aus den Ländern ihnen nahelegen, doch mehr die Marktkräfte walten zu lassen, die nicht nur ihre eigenen Märkte komplett abschotten, sondern auch noch mit Hilfe von Subventionen Drittmärkte überschwemmen.

Der Hinweis, die Industriestaaten seien dafür verantwortlich, inflationsfreies Wachstum und damit Raum für weitere Zinssenkungen zu schaffen sowie ihre Märkte nicht nur für Rohstoffe, sondern auch für andere Produkte der Dritten Welt weiter zu öffnen, klingt unter diesen Voraussetzungen recht halbherzig. Es hätte der Bundesregierung gut zu Gesicht gestanden, wenn sie statt dessen erklärt hätte, welche Korrekturen der eigenen Rahmenbedingungen, die für die Entwicklungsländer von großer Bedeutung sind, sie selbst als Vorleistungen in den Dialog einzubringen bereit ist. Dazu gehört auch die Erklärung, daß sie die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Verringerung der Handelsschranken zu einem vordringlichen Ziel ihrer Politik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft machen wird.

Doch von solch einem tatkräftigen Eintreten für die Ideale, denen sich die Bundesrepublik und andere Industrienationen verpflichtet fühlen, ist in den neuen Richtlinien leider nicht viel zu spüren. So ist eine Chance vertan worden, die Glaubwürdigkeit der deutschen Entwicklungspolitik zu erhöhen. Zwar ist der Text vielfach entrümpelt worden und ein Teil jener Vokabeln der früheren Leitlinien, die Altruismus als Triebfeder für Entwicklungshilfe suggerierten, der ebensowenig glaubwürdig war, sind dem Rotstift zum Opfer gefallen. Gleichwohl wird man den Verdacht nicht los, daß hinter den Grundlinien keine wohlüberlegte langfristige Strategie steht, die in die wohlverstandenen Interessen der Bundesrepublik eingebettet ist. Vielmehr scheint es so, als ob Kommerz mit Ökonomie verwechselt worden ist. Das liegt insbesondere daran, daß man glaubte, in die neuen Grundlinien hineinschreiben zu müssen, daß die deutsche Entwicklungspolitik im Inland beschäftigungswirksam sein müsse, wann immer dieses möglich sei.

Beschäftigungswirksamkeit heißt nichts anderes als Lieferbindung. Sie ist ein Indiz dafür, daß das Vertrauen in die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie unterentwickelt ist. Lieferbindung ist unnötig, weil ohnehin deutsche Unternehmen häufig den Zuschlag erhalten. Zudem ist Geld fungibel, und somit verfügt insbesondere der Staatssektor als Hauptempfänger der Kapitalhilfe über hinreichende Substitutionsmöglichkeiten. Sie ist schädlich, weil sie nicht nur in den Empfängerländern, sondern auch bei uns zu Fehlallokationen führt und weil sie zudem den guten Ruf der Bundesrepublik in der Dritten Welt schädigt.

Die neuen Grundlinien enden mit dem Eingeständnis, daß es weder die Aufgabe der deutschen Entwicklungspolitik sei noch in ihrer Macht liege, alle Probleme der Dritten Welt zu lösen. Mehr Nüchternheit sei daher angebracht. Diesem Ziel kann man nur zustimmen und hinzufügen, daß es auch auf mehr Glaubwürdigkeit ankomme. Das aber ist nur zu erreichen, wenn die Überfrachtung mit Zielen weiter abgebaut wird, anstatt zu versuchen, auch noch die Probleme der Bundesrepublik über die Entwicklungspolitik zu lösen.